

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abonnementspreis durch Boten vierteljährlich 3 RM., durch die Post 3,60 RM. ♦ Einzelnummern 50 Pfg. ♦ Anzeigen: Die 25 mm breite Millimeter-Zelle oder deren Raum 40 Pfg. ♦ Platzvorschriften ausgeschlossen. Postfach-Konto Hannover Nummer 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Bochum, Biltorfstraße 46. ♦ Telefon-Nummer 608 21. ♦ Telegramm-Adresse: Ullverband Bochum.

Die Sozialpolitik 1930.

Das Jahr 1930 wird mehr als jedes andere ein sozialpolitisches Kampfsjahr. Und dies besonders deshalb, weil die Reparationsfrage in das Stadium der endgültigen Regelung getreten ist. Nachdem die Haager Konferenz vorüber ist, wird der Plan von den daran beteiligten Staaten ratifiziert werden. Nach der Ratifizierung wird auch der innenpolitische Kampf mit aller Schärfe weiter geführt werden. Es ist noch eine Frage, inwieweit die deutsche Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammenfassung am Leben bleiben wird. Wie dem aber auch sei: neben dem Umbau der Steuergesetze wird namentlich die Sozialpolitik der Zantapfel der Interessengruppen sein. Der Standpunkt der Unternehmer in dieser Frage ist fest umrissen. Er zielt darauf ab, bezüglich der sozialpolitischen Gesetze auf Jahre hinaus zu einem Stillstand zu kommen. Sehr interessante Einblicke in die Gedankenwelt der Unternehmerschaft vermittelt eine Umfrage der „Industrie- und Handels-Zeitung“ an wichtigste Industrieunternehmen im Reich. Ein bedeutendes Spinnereunternehmen sagt seine Wünsche in folgendem Satz zusammen: „Die soziale Fürsorge muß mindestens fünf Jahre lang nicht mehr erweitert werden.“ Die Aktiengesellschaft für schlesische Leinenindustrie gibt der Gedankenrichtung weiter Unternehmertreue durch folgenden Satz Ausdruck: „Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung sind unseres Erachtens die wichtigsten Punkte, bei denen eine geradezu ungläubliche und im Sinne der sozialen Gesetzgebung durch nichts gerechtfertigte Ausnutzung gesetzlicher Bestimmungen getrieben wird.“ Die Arbeitslosenversicherung und die Krankenversicherung sind überhaupt die wichtigsten Angriffspunkte der vereinigten Reaktion.

Das Reichsarbeitsministerium hat zum Jahresbeginn eine Uebersicht über seine nächsten Arbeiten zusammengestellt. Unter anderem ist von dieser größten und wichtigsten Reichsbehörde folgende gesetzgeberische Tätigkeit geplant: Auf dem Gebiete des allgemeinen Arbeitsrechts ist besonders der Gesetzentwurf des Arbeitsschutzgesetzes zu nennen, der in diesem Jahre der Erledigung entgegengeführt werden soll. Der Entwurf soll eine umfassende Neuregelung des gesamten öffentlich-rechtlichen Arbeitsschutzes unter Ausschluß der Sozialversicherung bringen. Er umfaßt den Betriebsschutz, die Arbeitszeit, den erhöhten Schutz der Frauen und Jugendlichen, die Sonntagsruhe, den Ladenschluß und die Arbeitsaufsicht, also sehr umfangreiche Gebiete. Das Berufsausbildungsgesetz steht ebenfalls zur Beratung. Die Seemannsordnung soll dem neuen Arbeitsrecht angepaßt werden. Ein Entwurf zum Hausgehilfengesetz liegt dem Reichsrat vor. Das Tarifvertragsgesetz wird in engem Einvernehmen mit der österreichischen Regierung zu gestalten versucht. Die Arbeitslosenversicherung wird auch ferner die erhöhte Aufmerksamkeit aller Stellen in Anspruch nehmen. Bezüglich der Sozialversicherung ist ein Ausbau der Angestelltenversicherung geplant. Die Krankenversicherung soll in

wichtigen Grundfragen neu geregelt werden. Die Verbesserung der Reichskleinrentnerfürsorge soll in Angriff genommen werden. Ein Baulandgesetz liegt im Entwurf vor. Die Fragen des Wohnungsbaues, die ebenfalls zum Gebiete des Reichsarbeitsministeriums gehören und sozialpolitisch von weittragender Bedeutung sind, werden im Jahre 1930 sehr schwierig zu lösen sein. Nicht nur dem Reich und den Kommunen fehlen die Mittel; es sind auch keine Dauerkredite oder nur unter sehr schwierigen Bedingungen zu bekommen. Ein Gesetz über Zuschüsse aus Reichsmitteln für die Ansiedlung von Landarbeitern liegt ebenfalls im Entwurf vor. Desgleichen ein Entwurf von Richtlinien für Gewährung von Einrichtungskrediten für Zwecke der landwirtschaftlichen Siedlung. Auch diese Fragen sind von weittragender Bedeutung. Bezüglich des von der Privatwirtschaft geforderten Abbaues des Mieterschutzes steht das Reichsarbeitsministerium auf dem Standpunkt, daß an einen beschleunigten Abbau nicht zu denken ist.

Man gehe diese einzelnen Fragen der Sozialpolitik durch, und man wird finden, daß jeder einzelne Punkt eine nicht geringe Arbeit erfordert und bei jedem große Schwierigkeiten zu überwinden sind. Soll das Reichsarbeitsministerium diese Arbeitsleistung vollbringen, dann muß es von allen sozialpolitisch fortschrittlichen Organisationen und Personen gestützt und nötigenfalls gedrängt werden. In dem Jahresbericht der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern zu Bochum, Dortmund, Duisburg-Wesel, Essen, Krefeld und Münster wird in längeren Ausführungen zur Sozialpolitik Stellung genommen. Da wird auch die Frage aufgeworfen: Wo ist die Grenze der Sozialpolitik? Man kann sich vorstellen, daß die Unternehmer diese Grenze sehr eng gezogen wissen wollen. Um aber eine einigermaßen „tragbare“ Grenze zu ziehen, wird vorgeschlagen, „im Wege freier Zusammenarbeit auf der Basis wirklicher Parität zu gemeinsamen Lösungen zu kommen“. Der Vorschlag, eine Arbeitsgemeinschaft zu errichten, habe keine praktische Gestalt angenommen. Zwar hätten die christlichen Gewerkschaften im gewissen Sinne zugestimmt, „von einem Wandel in den Kreisen der Gewerkschaften ist aber nichts zu spüren. Sie stehen abseits, ablehnend, von allem Mißtrauen erfüllt“. In der Tat stehen die freien Gewerkschaften dem Wunsche, eine Arbeitsgemeinschaft nach den Meinungen der Schwerindustrie zu errichten, sehr skeptisch gegenüber. Nach unserer Meinung ist die Grenze der Sozialpolitik außerordentlich flüchtig. Sie muß aber zumindest da gezogen werden müssen, wo die Arbeitskraft der arbeitenden Bevölkerung gegen willkürliche Ausbeutung geschützt und der Schutz der Gesundheit des arbeitenden Volkes weitgehend gewährleistet ist. Wir wagen zu bezweifeln, daß diese Grenze heute bereits erreicht ist. Nach Meinung der Unternehmer ist sie jedoch weit überschritten. Und im Rahmen dieser beiden Anschauungen werden sich die Kämpfe im neuen Jahre abspielen.

Das Resultat der Haager Konferenz.

Der Young-Plan ist im großen und ganzen bestehen geblieben, doch hat er nicht unwesentliche Zusätze erfahren. Die Belastung des deutschen Volkes beträgt 37 Jahre hindurch im Durchschnitt 2050 Millionen pro Jahr. In den ersten zehn Jahren findet eine Verminderung auf durchschnittlich 1750 Mill. Mark statt. Später steigt die Jahresleistung über den Durchschnitt hinaus. Die Jahresleistung muß von der Reichsbahn und von der Reichsstaffe aufgebracht werden. Die Reichsbahn zahlt 37 Jahre hindurch pro Jahr 660 Mill. M. Der Rest muß von der Reichsstaffe geleistet werden. Die Sachlieferungen bleiben noch zehn Jahre in Gültigkeit, um dann endgültig fortzufallen. Nach der endgültigen Ratifizierung der Haager Abmachungen, die ausgangs Februar erfolgen soll, werden alle Kontrollen aufgehoben, die gemäß des Dawes-Planes über Deutschland verhängt wurden. Am 30. Juni 1930 verläßt der letzte Soldat der Besatzungsarmee deutschen Boden.

Als besonderes Ergebnis der Haager Verhandlungen ist eine Reparationsanleihe in Höhe von 1200 Mill. M. zu erwähnen. Der Erlös dieser Anleihe fließt zu zwei Drittel Frankreich und zu einem Drittel Deutschland zu. Der deutsche Anteil in Höhe von 400 Mill. M. soll der Reichsbahn und der Reichspost zugute kommen. Beide Unternehmungen wollen den Erlös der Anleihe für Neuanlagen verwenden. Sowohl die Reichsbahn als auch die Reichspost haben dringende Neuanlagen bzw. Betriebsverbesserungen zurückstellen müssen. Erhalten sie den betreffenden Betrag, dann kann das deutsche Wirtschaftsleben durch die Investitionen der Post und der Reichsbahn sehr wesentlich befruchtet werden. Das Deutsche Reich hat sich verpflichten müssen, so lange keine Auslandsanleihen abzuschließen, bis die Anleihe durchgeführt ist. Das bedeutet für das Reich eine vorläufige Auslandsanleiheperrung, unter Umständen bis April 1931. Die Anleiheaktion wird von dem amerikanischen Bankhaus Morgan durchgeführt, jedoch soll die Anleihe nicht nur in Amerika, son-

dern auch in anderen Ländern aufgelegt werden. Wahrscheinlich wird Frankreich einen erheblichen Teil derselben übernehmen. Dieses Land hat bekanntlich äußerst flüssige Kapitalverhältnisse. Durch die Verkopplung der deutschen und französischen Interessen ist ein engeres Verhältnis, eine stärkere Verflechtung zwischen den Wirtschaften der beiden Länder hergestellt worden. Prinzipiell ist die Regelung in dieser Form zu begrüßen.

Die Haager Verhandlungen haben durch den Zwischenfall, den der Reichsbankpräsident heraufbeschworen hat, eine besondere Beleuchtung erfahren. Es hat sich deutlich gezeigt, daß hierzulande Kräfte am Werke sind, die einen Staat im Staate errichten wollten. Durch das energische Durchgreifen der Reichsregierung ist der Vorstoß des Herrn Schacht abgewehrt worden. Aber der Vorfall an sich hat gezeigt, daß nunmehr die Gesetze der Reichsbank in einem anderen Sinne baldmöglichst durchgeführt werden müssen. Die übermächtige Stellung des Reichsbankpräsidenten muß beseitigt werden. Die Reichsregierung muß den ihr zustehenden Einfluß auf die Reichsbank wiederbekommen. Eine Neuwahl des Reichsbankpräsidiums ist zur unumgänglichen Notwendigkeit geworden. Es darf nicht noch einmal sich das Schauspiel wiederholen, daß auf internationalen Konferenzen Deutsche gegen Deutsche stehen. Nur eine einzige Stelle darf es in Deutschland geben, die außen- und innenpolitisch letzten Endes die Verantwortung bei wichtigen Anlässen trägt. Dies kann nur die Reichsregierung sein.

Diese und andere Angelegenheiten weisen deutlich darauf hin, daß wir innenpolitisch vor großen Entscheidungen stehen. Die Situation in Deutschland ist keineswegs rosig. Die Wirtschaft liegt darnieder. Mehr als zwei Millionen Menschen sind ohne Beschäftigung und leben von fargen Unterstützungen. Rechts und links wird eine wüste Propagandatätigkeit entfaltet. Nur mit Mühe gelingt es, offenen Aufruhr in Deutschland zu vermeiden. Dies ist aber auf die Dauer nur möglich, wenn die

Die Kohle.

Vor mir liegen sie, die Kohlen, auf gewaltige Haufen geschichtet. So, in ungezählten Mengen beisammen, liebe ich sie. Einzeln sind sie wertlos. Und am Morgen grauen, bei Arbeitsbeginn, fasse ich sie mit Schaufeln und Karre. Sie brennen für mich, schaffen Licht und Kraft. Bringen starres Wasser zum Verdampfen. Treiben Räder, auf deren atemloses Surren tausend Arbeiterhirne warten. Sie geben das Signal zur täglichen Arbeit. Sie alle, nicht eine.

Darum sind die schwarzen Kohlen meine besten Freunde! In ihnen finde ich mich selbst, als einzelner freilich nur. Aber ich weiß; anderwärts denken tausend gleichgesinnte Bergarbeiter wie ich.

Bereint türmen wir unseren Willen, wie die vor mir lagernden Kohlen. Unsere Kohlenhalde heißt: der Verband.

Die schwarzen glänzenden Steine, die seitwärts liegen, sind die Saumfeligen, Abtrümmigen, sind die mutlosen Vergangenheitsknechte. Die Schaufel herant und sie zur Masse geworfen!

Bergarbeiter! Es ist notwendig, daß wir geschlossen marschieren! Denkt an die mächtigen Kohlenhalden! An die Glut, die damit entfacht wird! Laßt uns ein glühender Kohlenberg sein!

A. Neumeister.

Wirtschaftsverhältnisse sich bessern und die arbeitende Klasse davon durchdrungen ist, daß sie nicht allein die Opfer einer schweren Wirtschaftskrise und der Kriegslasten zu tragen hat. Dies muß mit aller Deutlichkeit betont werden!

Der Kampf um die Lastenverteilung wird nunmehr erst beginnen. In den Parlamenten und außerhalb derselben werden sich die Kräfte jetzt zu messen versuchen. Es geht um Steuergesetze und soziale Interessen, um die Fortführung der Sozialpolitik, um den sozialen Lebensstandard, kurzum um den Anteil der einzelnen Faktoren am Sozialprodukt. Dieser wird allerdings, dessen müssen wir uns klar sein, um den Betrag der Reparationsleistungen gekürzt. Aber um den Rest muß zwischen den beiden Heerlagern, Kapital und Arbeit, gekämpft werden. Die Unternehmer haben des öfteren deutlich zu erkennen gegeben, daß nach Regelung der Reparationsfrage auf Jahre hinaus keine Erhöhung der Reallohne eintreten kann. Sie haben weiter erklärt, daß die Sozialpolitik nicht nur nicht weiter verbessert, sondern abgebaut werden soll. Hier scheiden sich die Geister, hier werden sich die Fronten in scharfer Abwehrstellung gegenüberstehen.

Es ist noch keineswegs sicher, wie lange die gegenwärtige Regierung am Ruder bleiben wird. Die Kräfte innerhalb der Koalitionsparteien sind keineswegs ausgeglichen. Wegen der Steuergesetze, der Sozialgesetze und anderen wichtigen Fragen der Lastenverteilung wird es innerhalb der Regierungsparteien zu scharfen Auseinandersetzungen kommen. Daneben wird der Sturm von rechts und links in einer Heftigkeit einsetzen, von der wir uns heute keine Vorstellung machen können. Das Regierungsschiff wird also durch hohe Wellen hindurch gesteuert werden müssen. Welchen Kurs es endgültig nimmt, steht in keiner Weise fest. Dagegen steht die Front der Gewerkschaften unerschütterter da. Der heftige Angriff der Reaktionäre auf die Gewerkschaften zeigt mit großer Eindringlichkeit, daß das Machtzentrum der Arbeiterklasse sich in den Gewerkschaften befindet. Diese werden den Stoß der vereinigten Rückwärtler nicht nur zu parieren versuchen, sondern ihrerseits zum Angriff übergehen. Keineswegs kann die deutsche Arbeiterklasse darin einwilligen, mit Abschluß der Reparationsverhandlungen auf jede Besserung der sozialen Lebensverhältnisse zu verzichten. Unseres Erachtens besitzt die deutsche Wirtschaft Lebenskraft genug, um neben den Reparationslasten den sozialen Aufstieg der unteren Schichten zu gewährleisten. An eine Verschlechterung der Sozialgesetze ist gar nicht zu denken.

Wie dem aber auch sei, die endgültigen Machtverhältnisse im Wirtschaftsleben wie in der Politik müssen jetzt erst erkämpft werden. Wir standen seit Kriegsanfang fortgesetzt in Lebergangszeiten. Jetzt liegen die Grundgesetze des Wirtschaftslebens auf lange Zeit fest. Und nun erst wird die deutsche Arbeiterklasse um ihre endgültige Macht zu ringen haben. Deshalb gilt es in der kommenden Zeit, die vereinigten Kräfte einzusetzen, um die Zukunft der Arbeiterklasse sicherzustellen. Die Gewerkschaften haben dabei die größte Arbeit zu leisten.

